

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 801 983.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehens-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Besetzung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Wahlkampf im ganzen Reich

Hugenberg in Breslau

(Telegraphische Meldungen.)

Breslau, 8. September. In einer Wahlkundgebung der DNVP im Zirkus Busch sprach Sonntag vormittag Geheimrat Dr. Hugenberg. Er führte u. a. aus, der jegliche Wahlkampf sei die gradlinige Fortsetzung des Volksbegehrens und des Volksentscheids. Mit der Annahme des Youngplanes hieß es, die Steuern würden abgebaut und mit unserer Wirtschaft und Finanz würde es wieder aufwärts gehen. Statt dessen haben wir 3 Steuererhöhungen erlebt. Die Wurzel alles Übels, an dem Deutschland krank, sei der Marxismus, und diesen gelte es restlos zu beseitigen. In der Landwirtschaft komme es für ihn darauf an, daß wir wieder zu dem Zustand vor dem Kriege kommen, wo der Diskont über den Realzinsfuß gelegen habe. Dem deutsch-polnischen Handelsvertrag habe die Regierung Brünning schon zugestimmt gehabt. Dem Verhalten der Deutschnationalen sei es zu danken, daß der Vertrag nicht ratifiziert worden sei. In Handel und Gewerbe werde heute eine Existenz nach der anderen vernichtet. Die Deutschnationalen seien stets bereit gewesen, mit dem Zentrum eine Regierung zu bilden, wenn es sich löstrenne von dem Marxismus. Brünning habe sich aber ablehnend verhalten. Die Deutschnationalen würden unter allen Umständen mit den Nationalsozialisten in dem neuen Reichstag einig sein, daß die Schaukelpolitik aufhören müsse.

DiETRICHS Landwirtschafts-Hoffnungen

Donaueschingen, 8. September. Reichsfinanzminister Dietrich sprach in einer von der Deutsche Staatspartei einberufenen Versammlung. Der Minister behandelte neben den Fragen der Besteuerung der Wirtschaft, der Senkung der Realsteuern, insbesondere die Frage der Arbeitslosigkeit und die Lage der Land-

wirtschaft. Es müsse unbedingt dahin kommen, daß das gegenwärtig bestehende landwirtschaftliche Defizit auf dem Gebiete der Lebensmittelinfuhr von nahezu einer Milliarde beseitigt, daß die Einfuhr von Eiern, Butter und Weizen gebrochelt wird. Der Vorwurf, er habe die Belange der großen Landwirtschaft durch die Zollhöhen mehr gefördert, als die Belange der kleinen, sei vollkommen ungerechtfertigt. Die Not der kleinen Landwirtschaft läge ihm am Herzen, nur hätte er mit anderen Mitteln vorgehen müssen und er glaube, daß durch eine Zusammenarbeit mit seinem Kollegen Schiele hier noch manches getan werden könne. Den Höhepunkt der Gefahren für die Landwirtschaft hätten wir überschritten, weil wir den auf dem Weltmarkt jetzt beobachteten Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Preise bei uns verhindern können.

Die Staatspartei in Berlin

Berlin, 8. September. In der Philharmonie veranstaltete die Deutsche Staatspartei eine Kundgebung, bei der Minister Dr. Höpfer-Ulshoff in einer Rede u. a. ausführte: „Die Finanzkrise ist der Boden, auf dem der Weisheit der radikalen Parteien blüht. Man schiebt diese Kalamität auf die Regierung, bedenkt aber nicht, daß eine schlechte wirtschaftliche Lage in der ganzen Welt herrscht. Freilich wird diese Not bei uns noch durch die Reparationslasten verschärft. Diese aber nach dem Willen Hugenbergs durch ungeheure Erhöhung der Einfuhrzölle auf das Ausland abzuwälzen, ist eine Utopie. Unsere Hauptaufgaben nach den Wahlen werden sein: Senkung der Ausgaben, Umlagerung des Steuerdrucks und allgemeine Preisentzug. Auch die Wahlordnung muß eine Neuordnung erfahren. Die norddeutschen Kleinstaaten müssen in den preußischen Provinzen und die preußische Regierung muß in der Reichsregierung aufgehen. Bei aller Achtung der süddeutschen Eigenart muß auch eine stärkere Heranziehung der süddeutschen Länder in die Reichsregierung in die Wege geleitet werden. Wir wollen heraus aus der Zerstückelung der Parteien, wir wollen ein freibewegliches Bürgerium, das wieder Macht und Ansehen genießt.“

Trebranus für das Reformwerk

Köln, 8. September. In einer Versammlung der Konservativen Volkspartei führte Reichsminister Trebranus u. a. aus:

„Schließens Vorzüge für einen Betriebsfonds der Reichsregierung und eine Ausgleichsreserve, die bis 1930 eine günstigere Gestaltung der Revisionen über den Damesplan möglich machen sollte, ist von seinen Nachfolgern in das Gegenteil verkehrt worden. Die Folgen hat die jetzige Reichsregierung mit einer unendlich mühsamen, Zeit kostenden Aufklärungsarbeit getragen. Die Kritik von links geht an der Tatsache vorbei, daß die Sozialdemokratie aus eigenem Antrieb auf die Verantwortung in der Regierung verzichtet hat, und daß die vergangenen zwei Jahre ein neues und besonderes Vertrauen in sozialistische Regierungskunst nicht begründeten. Gerade der Wahlkampf zeigt, wie wenig man es hier wagt, den alten Wählern die Wahrheit zu sagen.“

Die Neigung zum politischen Radikalismus ist in den jetzigen Parteien begründet. Sachlich wird von der Rechtsopposition wenig Stichthaltiges vorgebracht. Wir führen den Wahlkampf um die Sicherung der Durchführung des begonnenen Reformwerkes. Die Sozialdemokratie beansprucht Monopol und Zensur über die Vertretung außenpolitischer Methoden und Forderungen. Die jetzige Regierung ist selbstverständlich an die von ihren Vorgängern eingegangenen völkerrechtlichen Vereinbarungen gebunden. Sie treibt auch die Fortsetzung der offiziellen Außenpolitik, die internationalen Gebräuchen Rechnung trägt. Daran wird auch eine Regierung Hitler und Hugenberg nichts ändern können.

Blutige Schlägerei

Hamburg, 8. September. Einige hundert Nationalsozialisten in Uniform zogen heute nachmittag durch die Stadt. Sie trafen beim Sternschanzenbahnhof mit Kommunisten zusammen, die auf Lastkraftwagen einen Wahlpropagandazug veranstalteten. Sofort entpann sich eine Schlägerei, bei der Messer und Schlagwaffen eine Rolle spielten. Ein Nationalsozialist ist inzwischen gestorben. Die Polizei mußte mit starken Kräften einschreiten. Zwei Beamte wurden durch Schläge verletzt.

Deutsche Kraftbergendung

Von

Dr. Dr. Friedrich Lange.

Wer nach längerem Aufenthalt unter fremden Völkern „heim ins Reich“ kommt, dem fällt auf Schritt und Tritt auf, was gerade in dem verarmten Deutschland am wenigsten erwartet werden sollte: eine ungeheure Kraftbergendung. Die Deutschen, die sich rühmen, die besten Organisatoren des Erdballs zu sein und es in vielen Beziehungen auch wirklich sind, verschwinden die nach dem Weltkrieg verbliebene Volkskraft und die nach dem Kriegstrübsal verbliebenen Wirtschaftsmittel mit einem fast bewundernswerten Maß von Verantwortungslosigkeit. Beispiele hierfür drängen sich fortgesetzt auf. Seit Jahren krankt wir an der Parteizersplitterung. „Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen“, haben sich neue Splitter gebildet. Sie bekämpfen die Gruppen, aus denen sie kamen, sie finden schlecht neuen Anschluß und können teilweise nicht einmal untereinander einig werden. Hoffnungsvolle Zusammenkünfte kommen nicht über Ansätze hinaus. Das Bürgerium hat anscheinend noch nicht genug gelitten. Und ausländische Freunde fragen: „Sind bei Ihnen in Deutschland die vielen Parteien für das Volk oder ist das Volk für die vielen Parteien da?“

Aber die Parteizersplitterung ist nur eine Einzelercheinung in weit bunterer Gesellschaft. Gerade in Kreisen, die über die Niederungen des Parteiwirrwarrs mit Recht Klage führen, findet man Kraftbergendung in jeder Beziehung. Wir leiden z. B. unter der Grenznot ringsum. Fast überall jenseits der allzu eng gezogenen Reichsgrenzen heißt heute deutsch sein rechtlos sein. Die dagegen errichteten Deutschentumskörperchen und -arbeitsstellen sind so zahlreich, daß sie auch der gewiegteste Sachkenner nicht auswendig herjagen kann. Den Franzosen erscheint das als „Beweis“ eines besonders teuflischen Planes, in Wahrheit ist es meist Eigenbrötlei. Wohl gibt es zur Zusammenfassung „Spitzenorganisationen“, „Dachkörperchen“, „Zweckverbände“ und „Arbeitsgemeinschaften“. Wie dort aber in der großen Mehrzahl gegeneinander gearbeitet wird, pfeifen die Späßen von den Dächern. Nicht einmal Versailles und St. Germain, nicht einmal die Notwendigkeit, jetzt die Ostrevision anzupacken, haben bisher Einigkeit gebracht. „Wie unwirtschaftlich!“, jagen hierzu oft Männer der Wirtschaft und haben doch noch nicht einmal bei den Wirtschaftsvorbänden die gleiche Zerstückelung überwinden können. Auch hier sind bisher die Ansätze zur Zusammenfassung an Personenfragen und Kantönlichkeit gescheitert. „Das sind die unfähigen überlebten Alten“, sagt die Jugend und verkündet Wunderdinge für die Zeit ihres Ausreifens. Allein wie sieht es in der Jugendbewegung oder vielmehr „den Jugendbewegungen“ selbst aus? Ist die Zerstückelung auch nur um einen Deut geringer? Spielt das liebe Ich von Führer und Unterführer eine kleinere Rolle? Bei einem Ueberblick über die gesamte körperschaftliche Gliederung des Deutschentums muß man sagen: Das ganze deutsche Organisationswesen von der Gemengelage der einzelnen Freistaaten bis zur Aufsplitterung der Jugend ist krank und ruft nach dem „barmherzigen Messer“ des Chirurgen.

„Also einen Diktator!“, jagen Wohlmeinende und träumen von einem „deutschen Mussolini“, der die lieben Mitbürger zu Paaren treibt.

Scholz und Geedt in einer Versammlung

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 8. September. In Berlin veranstaltete die Deutsche Volkspartei im Großen Schauspielhaus eine Kundgebung. Der Führer der DNVP, Dr. Scholz, forderte in seiner Rede, daß jeder seiner Wahlpflicht genügen müsse. Er stellte die Frage, ob die Sozialdemokratie nach der Wahl von 1928 die Verantwortung so ausgeübt habe, wie es das Wohl des gesamten Volkes und Vaterlandes verlangte. Diese Frage müsse verneint werden. Mit gutem Gewissen könne die Partei vor die Wählerchaft treten. Jetzt gelte es, den Blick nach dem Osten zu richten. Auch der Anschluß Österreichs müsse der Verwirklichung entgegengeführt werden. Uebergehend zur Innenpolitik betonte Dr. Scholz, daß die Wirtschaft ein Recht habe zu verlangen, daß auch der Staat rationell verwalte werde. Es müsse zur Verfassungs- und Verwaltungsreform kommen mit dem Ziele des deutschen Einheitsstaates, den Bismarck bereits erstrebt habe. Eine Gesundung unserer Finanzen sei nur zu erzielen, wenn Reich, Länder und Gemeinden nicht nur für ihre Ausgaben, sondern auch für deren Deckung verantwortlich gemacht würden.

Generaloberst von Geedt

mit nicht endemwollendem Beifall begrüßt, das Rednerpult. Er betonte, daß der Feind nicht rechts oder links stehe, sondern daß für jeden wahren Deutschen der Feind nur jenseits der Grenzen stehen könne. Als Ziel der deutschen Außenpolitik bezeichnete Geedt die Wiedergewinnung und Wiederherstellung der Geltung Deutschlands im Bereich der anderen Völker entsprechend seiner Größe, seiner Geschichte und seinem Können. Sie sei unzertrennbar verknüpft mit dem Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages. In erster Linie richtet sich der Kampf gegen den untragbaren Tribut. Weiter müsse der Kampf gehen um die Lebensnotwendigkeiten im Osten. Deutschland wolle kein Staat zweiter Klasse sein. Ein weiteres Ziel der deutschen Politik müsse der Schutz der deutschen Minderheiten sein. Erst nach Verwirklichung dieser Ziele könne von einer erfolgreichen Außenpolitik die Rede sein. Geedt kam sodann auf

die Bedeutung des Heeres

zu sprechen und erhob die Forderung, daß wir auch des alten Heeres mit Treue und Dankbarkeit gedenken sollten. Dies solle auch auf das neue Heer übertragen werden. Auch in der

Wirtschaft bedürfen wir der Kameradschaft des Frontgeistes und der Disziplin. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sei eine Frage, die die Stadt ebenso angehe wie das Land. Deshalb müsse es auch zu einer Verständigung in der Frage der Zölle kommen. Zu den sozialen Fragen betonte der Redner, daß die Arbeitslosenunterstützung eine vollkommen gesunde Einrichtung sei. Wir müssen uns aber bei den sozialen Fragen den Unterschied klar machen zwischen dem Erreichbaren und dem Wünschenswerten. Die Hoffnung, daß es gelingen möge, unsere Arbeiter in Deutschland heranzuziehen zum nationalen Gedanken und zur wirtschaftlichen Vernunft, dürfe nicht aufgegeben werden.

Curtius in Genf

(Telegraphische Meldung.)

Genf, 8. September. Reichsaußenminister Dr. Curtius ist in Genf eingetroffen. Er hat nachmittag von der französischen Regierung eine Einladung zu einer ersten Besprechung über das Memorandum Briand erhalten. Die Besprechung findet am Montag, 16 Uhr, statt. Dr. Curtius suchte am Sonntag den österreichischen Bundeskanzler Dr. Schöberl auf.

